



Rückblick mit 70

Gregor Gysi zieht Bilanz über sein politisches Leben. Seite 15

Foto: dpa/Michael Kappeler

Geld ohne Arbeit

Bedingungsloses Grundeinkommen – ist das ein linkes Projekt? Seite 18

Entwicklung auf ökologisch

Das Dorf Ndem machte vor über 35 Jahren in Senegal den Anfang: Inzwischen gibt es rund 40 Ökodörfer im Land, die nicht nur dort als Vorbild dienen. Seite 10



Foto: Odile Jolys

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 16. Januar 2018

73. Jahrgang/Nr. 13

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Zerstobene Illusionen

Klaus Joachim Herrmann über Russlands Außenpolitik

Moskau sorgt sich um die Weltlage. Die Konfrontation nehme zu, das internationale Recht verliere an Einfluss. Das Jahr 2017 sei »nicht einfach« gewesen, untertrieb Außenminister Lawrow diplomatisch. Die Aussichten für die Zukunft skizzierte er gleich als düster. Washington mache Front gegen das Atomabkommen mit Iran, betreibe eine Spaltung Syriens, drohe mit Gewalt gegen Nordkorea. Die Lage sei »brandgefährlich«.

Illusionen über eine Besserung der Beziehungen mit den USA, die mit dem Wahlsieg Trumps einst wohl verbunden wurden, sind zerstoßen. Verantwortlich macht Moskau für all das und mehr – wozu auch die Attacken gegen die Gasleitung Nord Stream gehören – nicht nur den viel gescholtenen Herrn des Weißen Hauses. Vielmehr erkennt es eine »Politik des Diktats und der Ultimaten der USA und ihrer Verbündeten« – zu denen Deutschland gehört. Diese entwickelten ihre »antirussische« Raketenabwehr und verhängten einseitig Sanktionen. Immer mehr Länder würden auf den Ausbau militärischer Stärke setzen.

Jeder Vorwurf lässt sich gut begründen, doch Letzteres gilt auch für Russland selbst. Es ist in Syrien militärisch engagiert, spielt seine eigene Rolle im Ukraine-Konflikt, hat die Halbinsel Krim nicht nur zivil unter Kontrolle. Eine florierende Rüstungsproduktion erfüllt Exportpläne, dient aber nicht zuletzt der eigenen Armee.

Moskau und Washington beteuern immer wieder Gesprächsbereitschaft – die sollte keine Illusion sein.

UNTEN LINKS

Das neue Jahr ist nun schon ein paar Tage alt (4,11 Prozent sind verstrichen), und noch immer fragen wir uns, wo das Positive anno 2018 bleibt. Wir würden uns ja gerne freuen, aber es müsste eben auch Anlass dafür geben, denn grundlose Freude bringt einem fragende Blicke und vielleicht sogar eine Einweisung in die Fachklinik ein. Zwar hatte uns Bischof Bedford-Strohm mit auf den Weg gegeben, uns auf die Fülle des Lebens zu besinnen und das Leben positiver zu betrachten. Aber nun, nach 4,11 Prozent, möchten wir gern mal nachhaken: Wo ist es denn, dieses Irgendetwas, das uns heiterer stimmen soll? In der Politik müssen wir nicht erst suchen. Wetter? Nicht einmal einen ordentlichen Winter bringt uns doch die Marktwirtschaft. Fernsehprogramm? Na danke. Und der Niedrigzins ist wie angenagelt. Nein, Herr Bischof, dann lieber gleichmäßig schlechte Laune. Die lassen wir uns nicht verderben. Da weiß man, was man hat. Und wehe, es kommt etwas Erfreuliches dazwischen! wh

ISSN 0323-3375



Erdogan droht mit Angriff in Nordsyrien

Verhältnisse im Mittleren Osten werden neu geordnet

Von einem Leben in Frieden sind die Menschen im Norden Syriens noch weit entfernt.

Foto: imago/Valery Sharifulin

Der türkische Präsident Erdogan hat den syrischen Kurden oft gedroht, doch nun könnte es ernst werden. Die Vorbereitung für einen Militäreinsatz sei beendet, sagte er am Montag.

Von Jan Keetman und René Heilig

Der jüngsten Ankündigung Recep Tayyip Erdogans, in den nächsten Tagen werde eine Säuberungsaktion gegen die kurdische Provinz Afrin und die Region Manbij eingeleitet, ging ein massiver Aufmarsch des türkischen Militärs voraus. Am Sonntag wurden auch Panzer, die man wegen des Unabhängigkeitsreferendums der irakischen Kurden an der dortigen Grenze aufgestellt hatte, per Eisenbahn an die syrische Verlegt. Es gab zudem offenbar einige Scharmützel. Warum diese Entwicklung?

Die Türkei fühlt sich in Syrien von allen Seiten übergangen. Moskau besteht darauf, dass auch Kurden an der geplanten Friedenskonferenz in Sotschi Ende Januar teilnehmen. Offiziell werden es keine Vertreter der Partei der demokratischen Union (PYD) sein, die der PKK nahe steht. Aber die PYD wird ihren Einfluss haben. Ihr bewaffneter Arm, die sogenannten Volksverteidigungseinheiten (YPG), wird sowohl von Washington als auch von Moskau hofiert. Als klar wurde, dass Ankara kurdische Teilnehmer in Sotschi nicht verhindern kann, begann der türkische Aufmarsch.

Zumal die syrische Armee zum Jahresbeginn mit Unterstützung der russischen Luftstreitkräfte eine Großoffensive gegen das letzte größere Rebellengebiet um Idlib

begonnen hat. Hier sollte eigentlich die türkische Armee einen Waffenstillstand überwachen. Ein großer Teil der Rebellen dort arbeitet eng mit Ankara zusammen. Nun sind neue Flüchtlingsströme Richtung Türkei zu erwarten. In Ankara bestellte man die Botschafter Russlands und Irans ein, um ein Ende der Offensive zu erreichen. Doch sie geht weiter.

Am Sonntag erklärte der Sprecher der Anti-IS-Koalition, man habe bereits mit dem Aufbau einer Grenzschutztruppe von 30 000 Mann begonnen, die zur Hälfte von den Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) kommen soll. Die wiederum werden von der kurdischen YPG-Miliz dominiert.

Die USA wollten an der Grenze zur Türkei eine »Terrorarmee« gründen, klagte Erdogan am Montag in Sincan. »Jetzt liegt es an uns,

diese Terrorarmee zu erdrosseln, bevor sie noch geboren wird.« An die »strategischen Partner« appellierte er, sich »nicht zwischen uns und die Mörderbanden« zu stellen. »Andernfalls übernehmen wir keine Verantwortung für unerwünschte Vorfälle, die sich ergeben könnten.« Die Türkei wolle nicht gezwungen werden, »jene, die auf der Seite der Terroristen stehen, unter die Erde zu bringen«. Auch die syrische Regierung hat die US-Pläne scharf kritisiert. Diese wären eine »schamlose Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität« Syriens, so das Außenministerium in Damaskus am Montag.

In das Gesamtbild der neuen Spannungen gehört auch das plötzliche Wiedererscheinen des Islamischen Staates (IS) in zahlreichen Dörfern der Provinz Ha-

ma, die vorher zum Rebellengebiet von Idlib gehörten. Mit der Anwesenheit der Dschihadistenmiliz haben ja Russland, die USA und die Türkei ihr Agieren im syrischen Bürgerkrieg begründet. Auch Präsident Baschar al-Assad kämpft nach eigener Darstellung vor allem gegen islamistische Terroristen wie den IS. Wie es dieser nun wieder nach Hama geschafft hat, ist eine offene Frage.

Ankaras Armee jedenfalls scheint besser denn je für einen Angriff auf Afrin vorbereitet zu sein. Im Norden und Westen grenzt die Provinz an die Türkei. Im Osten stehen seit ihrer ersten Invasion in Syrien ohnehin türkische Truppen. Und seit sie zur Überwachung des Waffenstillstandes in Idlib einmarschiert sind, ist die Armee nun auch im Süden präsent und hat Artillerie aufgeföhrt. Hinzu kommt, dass Teile der arabischen Bevölkerung, insbesondere in Manbij, mit der kurdischen Dominanz keineswegs zufrieden sind und die türkischen Verbände als Befreier begrüßen könnten.

Die Bundesregierung wiederum plant den bislang von der Bundeswehr belieferten und ausgebildeten Peshmerga-Kämpfern in Irak die Unterstützung zu streichen. Man orientiert jetzt mehr auf Hilfe für die von den Kurden verhasste Zentralregierung in Bagdad. Zugleich versprach Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) bei ihrem Wochenendbesuch in Amman eine verstärkte Ertüchtigungsinitiative für Jordanien. Es gelte, das Königreich als »Anker der Stabilität« im Nahen Osten zu unterstützen.

Seiten 2, 3 und 7



Ursula von der Leyen in Jordanien

Foto: Reuters/John MacDougall

Streit in der SPD um Große Koalition

Union weist Forderungen nach Nachverhandlungen zurück

Berlin. Knapp eine Woche, bevor der Parteitag der SPD über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen entscheidet, verhärteten sich die Fronten zwischen Parteispitze und Kritikern. SPD-Chef Martin Schulz verteidigte das Ergebnis der Sondierung mit der Union. Man habe sich auf Punkte geeinigt, die das Leben der Menschen konkret verbesserten. »Das, was wir durchgesetzt haben, rechtfertigt die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen.« Fraktionschefin Andrea Nahles warf den Koalitionsgegnern vor, sie redeten das Sondierungsergebnis »mutwillig« schlecht. »Das akzeptiere ich nicht, da werde ich dagegenhalten.« Jusos-Chef Kevin Kühnert, der die Große Koalition ablehnt, hält das Ergebnis der Abstimmung für offen. »Wetten würde ich im Moment keine abschließen«, sagte er. In der Partei sei die Stimmung kontrovers. Indes sorgen in der Union Forderungen der SPD nach Nachverhandlungen für Verärgerung. Unions-Fraktionschef Volker Kauder sagte, am Sondierungskonsens gebe es nichts mehr zu rütteln. dpa/nd

Seiten 4 und 5

Lawrow: Politik der USA »schädlich«

Traditionelle Jahrespressekonferenz des russischen Außenministers

Moskau. Russland hat den USA eine schädliche Politik in aktuellen Krisen vor allem im Nahen Osten vorgeworfen. Außenminister Sergej Lawrow beschuldigte Washington am Montag in Moskau, das Bürgerkriegsland Syrien spalten und einen Regierungswechsel bewirken zu wollen. Er kritisierte Pläne Washingtons, Rebellen zu helfen, um Sicherheitszonen zu gründen. Auch im Streit um das Atomabkommen mit Iran griff er die USA scharf an. Generell sei 2017 außenpolitisch kein einfaches Jahr gewesen, so Lawrow auf seiner traditionellen Pressekonferenz zum Jahresbeginn. In den vergangenen Monaten habe sich die Lage zudem »deutlich verschärft durch Drohungen, die aus Washington kamen«. In der Fragerunde gab Lawrow einen Ausblick auf die wichtigsten außenpolitischen Themen 2018. So bezeichnete er etwa die Lage auf der koreanischen Halbinsel als brandgefährlich. Zudem verwies der Diplomat auf den festgeföhrenen Ukraine-Konflikt sowie den Zwist zwischen Israel und den Palästinensern. dpa/nd

Seite 8

Reporter Alpay und Altin weiter in Haft

Türkei: Strafgerichte weigern sich, Verfassungsgerichtsurteil umzusetzen

Istanbul. Türkische Strafgerichte verweigern die Umsetzung zweier Entscheidungen des türkischen Verfassungsgerichts zur Freilassung der regierungskritischen Journalisten Şahin Alpay und Mehmet Altan aus der Untersuchungshaft. Ihr Anwalt Veysel Ok, der auch den inhaftierten »Welt«-Korrespondenten Deniz Yücel vertritt, sprach am Montag von einer »Staatskrise«. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch erklärte, der Fall werfe die Frage auf, »ob die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei funktioniert«. Die Regierung hatte dem Verfassungsgericht vorgeworfen, seine Kompetenzen zu überschreiten.

In den Fällen Alpay und Altan hatte das Verfassungsgericht am vergangenen Donnerstag entschieden, durch die seit mehr als einem Jahr andauernde U-Haft werde das Recht der Angeklagten auf persönliche Freiheit und Sicherheit verletzt. Dass Grundlage für die U-Haft Artikel und Aussagen der Beschuldigten seien, verstoße zudem gegen die in der Verfassung verankerte Meinungs- und Pressefreiheit. dpa/nd